

358

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag 16. Oktober 1917 abends Nr 358.

Der Bürgermeister über verschiedene Fragen der Gegenwart
und Zukunft.

In den letzten Tagen hielt Bürgermeister Dr. Weiskirchner im 3. und 4. Bezirk glänzend besuchte Versammlungen ab, in denen die Bezirksvorsteher Spitaler und Charwath den Vorsitz führten und welchen auch die Gemeinde-Funktionäre der beiden Bezirke beiwohnten.

Der Bürgermeister Dr. Weiskirchner leitete seine Ausführungen mit einem herzlichen Dank an seine Mitarbeiter - sowohl die Gewählten als die Beamten - ein, anerkannte dankbar die hingebungsvolle Tätigkeit der Lehrerschaft, aber auch der Frauen in den verschiedenen Gebieten der Kriegsfürsorge. Der Bürgermeister setzte dann fort:

Das Österreichische Parlament tagt nun seit einigen Wochen wieder unter Kämpfen und Krämpfen. Auf das grosszügige wirtschaftliche Programm des Minister-Präsidenten reflektiert es bisnun wenig, es wird aber ein Budgetprovisorium votieren und hat - das muss ich anerkennend sagen, - eine grosse befreiende Tat vollbracht: Die „Dame in Weiss“, die unter der Regierung des Grafen Stürgkh eine vormärzliche Abneigung gegen Druckerschwärze entfaltete, an Stelle des freien Wirtes, weisse Flecken setzte, endlich durch Parlamentsbeschluss in ihrer Tätigkeit wesentlich eingeschränkt und auf militärische Nachrichten beschränkt worden. Wenn Graf Stürgkh der Meinung war, durch die Zensur die Bevölkerung vor Beunruhigung zu schützen, war er in einem schweren Irrtum befangen; denn gerade die weissen Flecken erzeugten die grösste Beunruhigung, da sie den phantasievollsten Kombinationen das Feld eröffneten und den Schwarzsehern und Missmachern ihr trauriges Geschäft förderten. Unter der Herrschaft der Zensur war eine Aufklärungsarbeit unmöglich, denn sie schützte in erster Linie den Grafen Stürgkh und seine Verordnungen, dann aber auch die Kartelle und sonstige Machthaber des grossen Finanzkapitales gegen jeden Angriff und gegen jede Kritik. Wir danken dem Parlamente und der jetzigen Regierung für ihre Einschränkung der Zensur und ich hoffe, dass diese vormärzliche Ahafräule in ihre Klausur zurückkehrt. Wir haben erkannt, dass die Zensur die grösste Gefahr für die bürgerliche Freiheit bedeutete, nicht nur für die Presse, sondern auch für das Vereins- und Versammlungsleben.

Ich erlaube mir, aus meiner reichen Sammlung einige Beispiele der Zensurpraxis anzuführen: Aus einem Telegramm an Erzherzog Eugen bei Uebernahme des Kommandos der Südarmerie wurden die Worte konfisziert: „Möge der Allmächtige unsere Waffen segnen und zum Siege führen und damit den an uns begangenen Verrat rächen“.

Folgender Beschluss unserer Parteileitung wurde durch die Zensur inhibiert: Die Wiener Parteileitung der christlichsozialen Partei hat unter dem Vorsitze des Landmarschalls Prinzen Liechtenstein einhellig beschlossen, angesichts der drückenden Teuerung, welche insbesondere dem kleinen und mittleren Angestellten schwere Lasten auferlegt, bei der Regierung vorstellig zu werden, dass von ihr Kriegszulagen ähnlich wie diese die Gemeinde Wien schon ihren Angestellten zuteil werden liess, den Staatsbeamten der unteren Rangklassen, den sämtlichen Angestellten und insbesondere den Angestellten des Staatseisenbahndienstes gewährt werden. Nachdem sich der christlichsoziale Reichsratsklub diesem Begehren der Wiener Parteileitung angeschlossen hat, begab sich Bürgermeister

Dr. Weiskirchner zum Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, um ihn von dieser Forderung der christlichsozialen Partei in Kenntnis zu setzen und deren Erfüllung nachdrücklichst zu begehren. Der Minister-Präsident verschloß sich nicht der Berechtigung dieser Forderung und versprach, sie neuerlich im Ministerrat zur Sprache zu bringen.

In der Frage der „Miles“ wurde aus einem Bericht der Obmänner-Konferenz gestrichen: „Es sei die Gemeinde Wien vorher über die „Miles“ nicht gefragt worden und sie habe auch in dieser Stelle keinen Einfluß erhalten.- Von allen Mitgliedern der Konferenz wird in der nun folgenden Debatte darauf hingewiesen, daß die Regierung die Gemeinde Wien nicht nur nicht unterstütze, sondern ihr geradezu Schwierigkeiten bereite“.

Der Redner beleuchtete sodann abermals die Höchstpreis-Politik der Regierung und ihre Folgen und forderte namens des Wiener Gemeinderates, dass die Regierung endlich mit dem Abbaue der Preise beginnen soll. Was nützen alle Erhöhungen der Gehälter, was nützt die Gewährung von erhöhten Kriegszulagen, wenn die steigenden Preise sofort die Erhöhung verschlingen, zumeist noch über die Erhöhung hinausgehen. Wir bewegen uns in einem circulus vitiosus. In früherer Zeit hatte die Erhöhung der Beamtengehalte wenigstens beim Magistrate für etwa 5 Jahre Stetigkeit. Heute dauert es kaum mehr 3 Monate, dass nicht neuerlich Regierung und Parlament und damit auch die Städte sich entweder mit einmaligen grossen Auskufen oder mit neuerlichen Erhöhungen befassen. Ich gönne allen Angestellten das ausreichende Einkommen und ich habe durch viele Jahre, da ich grossen Aemtern vorstand, stets auf die soziale und materielle Hebung des Standes der Fixangestellten mein volles Augenmerk gerichtet. Infolge der Preissteigerungen haben aber tatsächlich die Festangestellten wenig von den Zuwendungen und es wird die Sachlage nicht besser werden, solange nicht mit dem Abbaue der Preise vorgegangen wird. Ich bin mir bewusst, dass dies nicht von heute auf morgen geschehen kann, aber begonnen muss damit werden, und es muss tatsächlich Befremden erwecken, dass im Parlamente ruhig über eine neuerliche Erhöhung der Zuckerpreise gesprochen werden konnte. Bisher hat die Regierung von ihren Machtmitteln, bestimmend auf eine Herabsetzung der Preise einzuwirken, keinen Gebrauch gemacht oder die Mittel der Regierung haben keine Wirkung erzielt.

Billigerweise muss ich der Regierung zuerkennen, dass auch das gegenseitige Verhältnis von Oesterreich zu Ungarn mit Schuld an den Preissteigerungen ist. Nach einer Schätzung, die nicht von mir, sondern von einem ungarischen Nationalökonom ausgegangen ist, sind im Laufe der 3 Kriegsjahre 15 Milliarden Kronen für Bodenprodukte aus Oesterreich nach Ungarn geflossen. Dabei sperrt die ungarische Regierung die Ausfuhr von Rohware und sichert für die Zukunft die Ausfuhr von Finalprodukten zu. So hatte die Gemeinde Wien 1.000 Waggons Paradeiser fix geschlossen, es kam das Ausfuhrverbot und die Promise, dass vielleicht Paradeisemark zur Ausfuhr zugelassen werde. Die Gemeinde Wien hat grosse Mengen Rohkraut geschlossen, das nunmehr nicht ausgeführt werden darf, doch wurde die Zusicherung gegeben es werde Sauerkraut zur Ausfuhr zugelassen. Seit langem liefert Ungarn keine Frucht, aber doch hie und da Mehl. Der Mahllohn beträgt in Oesterreich bei einem Met. K 3,60, in Ungarn K 5,20; es ist daher begreiflich, dass die ungarische Mahlindustrie den grössten Vorteil aus dem Mehlexporte zieht. Wenn man nun ins Auge fasst, dass die Monarchie ein Kriegsgebiet ist und dass in den Karpaten und in Siebenbürgen auch Oesterreicher für die Integrität der Länder der hl. ungarischen Krone gekämpft und geblutet haben und wenn man weiter würdigt, dass auch ungarische Regimenter mit angestammten Heldenmut an der Isonzofront oder in den Dol-

miten Oesterreichs Reichsgrenzen verteidigen, dann muss man wohl staunen, dass dieses eine Gebiet in zwei Wirtschaftsgebiete zerfällt, deren eines sich gegen das andere absperrt. Die Sachlage ist so, dass unsere Millionen nach Ungarn wandern und was als Rest uns bleibt, geht schliesslich in Steuern des österröichischen Finanzministers auf. Ungarn hat schon seit längerem die politische Macht, Ungarn wird auch eine Geldmacht, welche die Industrialisierung des Landes bis zu jenem Punkte durchführen wird, dass unsere Industrie auch noch ihr letzter Markt verschlossen bleibt. Unsere Regierung scheint gegen diesen Vorgang intransigant zu sein. Ich richte aber meine mahnende Stimme an die Regierung, ihren ganzen Einfluss geltend zu machen, damit diese unhaltbaren Verhältnisse beseitigt werden. In diesen Tagen fällt mir wirklich das alte lateinische Sprichwort ein: Extra Hungariam non est vita, si est vita, non est ita, wenn wir hören, wie gut es noch immer unsern Brüdern über der Leitha geht, während unsere Bevölkerung, die soviel Entbehrung ertragen hat, darbt und nicht die notwendigen Lebensmittel oder diese nur in unzulänglichen Rationen zugemessen erhält.

Unsere Regierung, welche es an Verordnungen wirklich nicht hat fehlen lassen, hat jüngst eine neuerliche erlassen - ich möchte sie die Rucksackverordnung nennen, welche in der gesamten Wiener Bevölkerung die grösste Erbitterung, ja Verzweiflung hervorgerufen hat. Mit einer Rücksichtslosigkeit ändergleichen werden die Rucksäcke, die Hundtaschen der ankommenden Passagiere untersucht, aber nicht nur bei der Ankunft in Wien, sondern auch schon während der Fahrt und kleine Mengen von Lebensmitteln, wie 10 Eier oder eine Flasche Milch werden konfisziert. Ich finde keine gesetzliche Handhabe für dieses Vorgehen der Gendarmerie, Finanz- und Wachorgane. In Böhmen werden von den kleinen Lohnütlern grosse Mengen Mehl ausserhalb der staatlichen Verwaltung und ohne Bezugsschein und ohne Karten mit Ueberschreitung der Höchstpreise verkauft; da findet sich kein staatliches Organ zum Einschreiten. Bei uns in Wien werden armen Frauen, welche durch alte Beziehungen zum flachen Lande hie und da kleine Quantitäten für ihre Kinder herinschaffen wollen, die Waren weggenommen und weinend und verzweifelt verlassen diese Frauen den Bahnhof. Ich richte neuerlich wie schon unlängst im Gemeinderate an die Regierung die Bitte, doch nicht mit so kleinen schikanösen Mitteln vorzugehen, die nur geeignet sind, das Volk zu beunruhigen und zu erbittern.

Der Redner schildert dann die Massnahmen der Gemeindeverwaltung hinsichtlich der Approvisionnement und geht nun zur Besprechung des Verkehrsproblems über. Er fordert vor allem, dass die im Jahre 1914 unterbrochenen Verhandlungen zwischen Eisenbahnministerium und Gemeinde über die Elektrifizierung der Stadtbahn nunmehr ungesäumt aufgenommen und so zu Ende geführt werden, dass unmittelbar nach Kriegsschluss sie auch zur Durchführung kommen. Er fordert weiter die eheste Inangriffnahme der Projekte für einen Gruppenbahnhof und für die Umfahrungslinien zur Ausgestaltung des Vollbahnnetzes. Schliesslich gibt der Redner seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass die Gemeinde als Besitzerin des grossen Strassenbahnunternehmens, als die Erbauerin der künftigen Untergrundschnellbahnen auch die Betriebsführung der Stadtbahn anstreben müsse, damit so das gesamte Verkehrswesen in einer Hand vereinigt sei. Eingehend bespricht sodann der Bürgermeister seine Bemühungen wegen Um- und Ausgestaltung des Magistrats, weist insbesondere auf die Schöpfungen des Jugendamtes, des Arbeiterfürsorgesamtes, des Wohnungsamtes und des Wohlfahrtsamtes hin, welche dem sozialen Werke zu dienen haben und schliesst mit den Worten: Wenn auch noch schwere Zeiten bevorstehen und wir das Problem der Zukunft nicht noch voll und ganz erfassen können, so wollen wir als christlichsoziale Partei unentwegt auf den Boden des positiven Christentums stehend, an soziale Arbeit schreiten und dabei nie den Schutz unseres deutschen Volkes vergessen. (Lebhafter andauernder Beifall).